KOMMENTAR ZU DEN FOLGEN DER CORONA-KRISE

Riskante Nebenwirkungen

Rund 120.000 Menschen haben sich in Deutschland während der vergangenen Wochen mit der Krankheit infiziert. Mehr als 200 sind an ihr bereits gestorben. Meist waren es ältere Menschen. Opfer des Corona-Virus? Nein, es ist eine Zwischenbilanz der aktuellen Grippewelle. Dabei verläuft sie in diesem Jahr sogar relativ glimpflich. In der Influenza-Saison 2017/18 kostete die Krankheit hierzulande mindestens 25.000 Menschen das Leben.

Die Opfer-Zahlen der Corona-Pandemie liegen weit darunter. Noch. Ist also einiges, was derzeit an Vorsichtsmaßnahmen verordnet wird, unverhältnismäßig und übertrieben? Ist Covid-19 tatsächlich so viel bedrohlicher als die gewöhnliche Grippe? Rechtfertigt der Kampf gegen die Krankheit Beschlüsse, die möglicherweise die materielle Existenzgrundlage von unzähligen Menschen gefährden? Kein Politiker kann die Fragen abschließend beantworten, erst recht kein Journalist. Hören wir also auf Fachleute, auf Mediziner. Doch auf welche? Auf Virologen, denen die Einschränkungen – vielleicht sogar zu Recht – immer noch nicht weit genug gehen? Oder auf Ärzte, die zu etwas mehr Gelassenheit mahnen?

Die Angst der Politik

Die Antwort ist inzwischen gegeben. Die politischen Verantwortungsträger haben Deutschland, haben nahezu ganz Europa in einen Ausnahmezustand versetzt. Unter ihnen grassiert offenbar die Angst. Die Angst, ein Problem völlig zu unterschätzen. Die Angst, möglicherweise für Tausende Tote mitverantwortlich zu sein. Die Angst, sich deshalb später Vorwürfe zu machen oder machen lassen zu müssen. Entsprechend hoch ist der Druck, der auf ihnen lastet. Jeder scheint auf den Nachbarn zu schauen. Rigorose Verordnungen der einen Seite, ziehen rigorose Verordnungen der anderen Seite nach sich. Auf nationaler, wie auf zwischenstaatlicher Ebene.

Menschlich ist das verständlich. Doch Vorsicht: Wir befinden uns mittlerweile in einer sich selbst beschleunigenden, sich immer schneller drehenden politischen Spirale der Verunsicherung, der Angst und des Zwangs, Handlungsfähigkeit beweisen zu müssen.

Krisennationalismus

Angst und Verunsicherung können allerdings schnell zu Überreaktionen, zu einem mit gefährlichen Nebenwirkungen behafteten Aktionismus führen. Erschreckend ist es zu sehen, mit welcher Geschwindigkeit einige EU-Staaten im Zuge der Corona-Krise ihre Grenzbarrieren wieder hochziehen. Statt mit Hochdruck an einer gemeinsamen, europäischen Strategie gegen die Ausbreitung des Virus zu arbeiten, setzen sie auf einen Krisennationalismus. Zunehmend auch Deutschland. Doch wenn das Tempo, mit dem sich der Covit-19-Erreger verbreitet, überhaupt durch Kontrollen verlangsamt werden kann, dann nicht an Landesgrenzen, sondern allenfalls durch Maßnahmen rund um ein Hochrisikogebiet wie etwa dem Kreis Heinsberg. So aber wird unwillkürlich suggeriert, Menschen aus dem Ausland seien Krisenverstärker, nationale Abschottung biete mehr Sicherheit.

Die Gefahr besteht, dass sich diese Vorstellung in den Köpfen vieler Menschen weiter festsetzt und auch bestehen bleiben wird – selbst nach Ende der Pandemie. Die in den vergangenen Jahren geschwächte Europäische Union würde dadurch noch fragiler. Zumindest eines steht deshalb bereits fest: Politisch ist das Coronavirus deutlich bedrohlicher als die gewöhnliche Grippe.

joachim.zinsen@medienhausaachen.de

JOACHIM ZINSEN

DAS AKTUELLE STICHWORT

Soziale Kontakte

Zu Hause bleiben, soweit es geht: Das ist derzeit der wichtigste Tipp, den jeder Einzelne im Kampf gegen das Coronavirus befolgen sollte. Die Idee dahinter: Je weniger Kontakt Menschen zueinander haben, desto geringer ist die Gefahr einer weiteren Ausbreitung des Coronavirus. Die wichtigsten Regeln zum Social Distancing von Robert-Koch-Institut (RKI) und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA):

Kontakte reduzieren: Auch ohne strikte Isolation oder Quarantäne gibt es genug Möglichkeiten, den Kontakt mir anderen auf ein Minimum zurückzufahren. Wer kann und darf, arbeitet im Homeoffice. Verabredungen mit Freunden, Verwandten und Bekannten sollte man absagen, große Geburtstags- oder Hochzeitsfeiern möglichst verschieben. Und das eigene Auto und Fahrrad sind aktuell bessere Fortbewegungsmittel als Bus und Bahn.

Reichlich Abstand: Ganz lässt sich der Kontakt mit anderen Menschen nicht vermeiden – sei es aus beruflichen oder aus privaten Gründen. Das RKI rät aber, diesen auf wenige und bekannte Personen zu beschränken – sodass sich Infektionen im Zweifel nachverfolgen lassen. Dabei mindestens ein, besser zwei Meter Abstand halten und auf alle Begrüßungsrituale wie Händeschütteln und Umarmungen verzichten. Und natürlich gilt immer: konsequent Hände waschen!

Antizyklisch rausgehen – oder gar nicht: Wer es kann, geht nicht zu Stoßzeiten einkaufen, sondern genau dann, wenn Supermärkte oder Apotheken eher leer sind.

Kinder separat betreuen: Kitas und Schulen zu, Mama und Papa im Homeoffice. Da liegt der Gedanke nahe, die Kinder gemeinsam zu betreuen und so wenigstens einen Teil der Eltern in Ruhe arbeiten zu lassen. Doch davon rät die Deutsche Gesellschaft für Infektiologie (DGI) ausdrücklich ab – vor allem, wenn die Betreuungsgruppe sich reihum in ständig wechselnder Besetzung trifft.

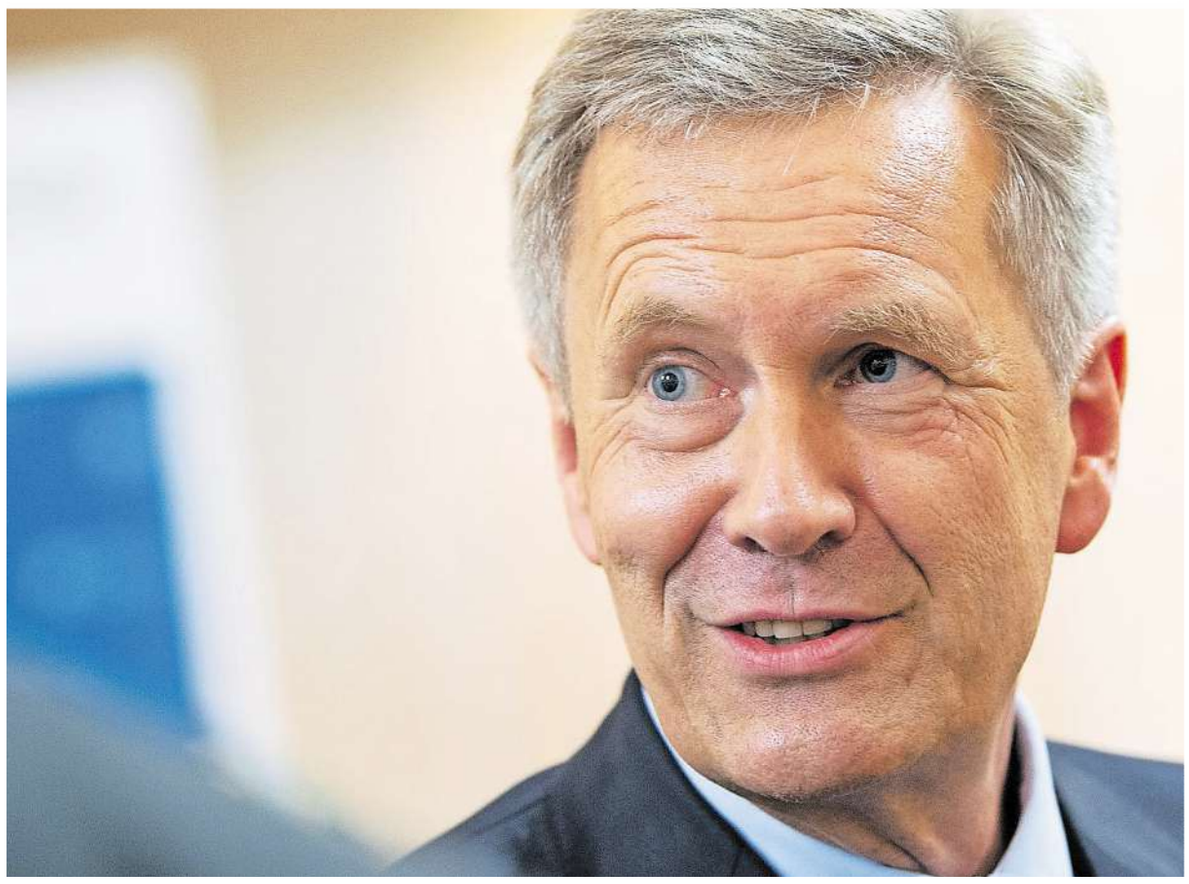
Gefährdete unterstützen: Menschliche Kontakte meiden – das gilt umso mehr für Menschen, die zu den Risikogruppen gehören, also vor allem für Ältere und chronisch Kranke. Gleichzeitig sind diese in ihrer Bewegungsfreiheit am meisten eingeschränkt. Wer kann, sollte ihnen daher seine Hilfe anbieten, für Einkäufe oder Besorgungen etwa. Wichtig sei dabei, dass Helfer und Risikopatient keinen direkten Kontakt haben, so Prof. John Ziebuhr, Leiter des Instituts für Medizinische Virologie der Universität Giessen. Am besten organisiert man den Einkauf daher per Telefon und stellt die Tüten einfach vor die Tür.

Frische Luft: Sonnenlicht und Sauerstoff sind weiter wichtig. Schließlich profitieren davon die physische und die ebenfalls nicht unwichtige psychische Gesundheit. Der Virologe Christian Drosten rät daher, weiter ins Freie zu gehen - nur eben mit Vorsicht. (dpa)

„Jeder muss etwas für das Land tun"

Vor zehn Jahren wurde Christian Wulff Bundespräsident. Seitdem hat sich viel verändert. Im Interview spricht er über Muslime in Deutschland und eine gespaltene Gesellschaft.

AACHEN/BERLIN Er war der jüngste Amtsträger und der mit der kürzesten Amtszeit: **Christian Wulff** trat vor zehn Jahren das Amt des Bundespräsidenten an. Bis heute vertritt er das Land auf vielfältige Weise. Im Gespräch mit **Annika Thee** spricht er über sein „Lebensthema", die Integration, warum die Grenzöffnung 2015 ein „Glücksfall" für das Land war, und warum sich diese Situation dennoch nicht wiederholen darf.



Christian Wulff (CDU), ehemaliger Bundespräsident, fordert mehr Engagement für die Demokratie. FOTO: DPA

Herr Wulff, wie sieht ein typischer Tag im Leben eines ehemaligen Bundespräsidenten aus?

Christian Wulff: Ich bin in vielen Ehrenämtern unterwegs, vom Präsidenten des Deutschen Chorverbands bis hin zum Vorsitzenden der Deutschlandstiftung Integration. Ich setze mich aber auch für Deutsche in Notlagen ein, beispielsweise für Jens Söring, der nach 33 Jahren in Haft in den USA nach Deutschland nun endlich zurückgekehrt ist. Und ich vertrete das Land gelegentlich bei offiziellen Anlässen im Ausland. Aber ich bin auch jede Woche in meinem Büro in Berlin, gelegentlich in meinem Anwaltsbüro in Hamburg. Die meisten Angelegenheiten steuere ich aber von meinem Wohnort in der Region Hannover.

Was hat sich im Vergleich zu Ihrem Arbeitsalltag als Bundespräsident am meisten verändert?

Wulff: Die Altbundespräsidenten sind im Hintergrund vielfältig aktiv – zu Recht im Schatten des Bundespräsidenten. Ich diskutiere jetzt vor allem in Schulen, Universitäten und Bürgerversammlungen und wähle heute grundsätzlich die direkte Kommunikation mit der Bevölkerung. Früher habe ich stärker über die Medien agiert. Das ist die wesentlichste Veränderung. Mein Lebensthema aber ist geblieben: den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu fördern.

Wie wurde das Thema Zusammenhalt und Integration zu Ihrem „Lebensthema"?

Wulff: Ich bin von dem Gedanken geleitet, dass unsere Elterngeneration die große Aufgabe hatte, den Wiederaufbau zu bewerkstelligen, dass meine Generation die große Aufgabe hatte, die Wiedervereinigung zu bewältigen und dass die jetzt Handelnden die große Aufgabe haben, den Zusammenhalt der Gesellschaft sicherzustellen. Das wird, wie wir alle spüren, immer schwieriger und Risse nehmen zu.

Woher stammt Ihre persönliche Motivation?

Wulff: Meine Heimatstadt Osnabrück begreift sich vor dem Hintergrund des Westfälischen Friedens als „Friedensstadt". Der Dialog der Religionen ist dort ein großes Thema, erst zwischen Katholiken und Protestanten, dann bei der Aufarbeitung der deutschen Geschichte im Umgang mit Juden und später auch das friedliche Zusammenleben mit Muslimen. Das hat mich als junger Mensch sehr inspiriert und ein Leben lang begleitet: das Zusammenleben verschiedener mit gleichen Rechten auf dem Boden unseres Grundgesetzes.

Sehen Sie Parallelen zu Aachen?

Wulff: In Aachen ist aufgrund Karls des Großen ein besonderes Geschichtsbewusstsein anzutreffen. Aber auch durch seine geographische Lage und den Aachener Karlspreis gibt es einen besonderen Bezug zur Notwendigkeit der Einheit nach innen und Friedfertigkeit nach außen, gerade im vereinigten Europa. Das hat mich im Dialog mit Menschen aus der Region Aachen immer fasziniert.

Vor fast zehn Jahren, am 3. Oktober 2010, haben Sie den berühmten Satz „Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland" ausgesprochen. Halten Sie an dem Satz fest?

Wulff: Ja. Im Grundgesetz steht, dass die Würde des Menschen unantastbar ist, dass niemand wegen seines Glaubens diskriminiert werden darf und jeder glauben darf, was er will, und seinen Glauben auch ausüben darf. Das spiegelt die Erfahrungen vor 1945 wider. Wenn ich sehe, dass heute vier bis fünf Millionen Muslime in unserem Land leben, dann gehören sie mit ihrer Religion, mit ihren Imamen, mit ihren Moscheen, mit ihrem islamischen Religionsunterricht dazu. Letztlich muss diese Religion von Millionen Deutschen integriert und nicht als fremd ausgegrenzt werden. Diese Aufgabe ist bis heute nicht bewältigt, aber dringender denn je. Da gibt es große Defizite, weil man dieser Herausforderung auszuweichen versucht.

„Wir müssen darüber nachdenken, in welch gutem Zustand wir derzeit sind und in welch schlechten Zustand wir geraten können, wenn das den Menschen kein Engagement Wert ist."
Christian Wulff

Wie lässt sich die Bildung von Parallelgesellschaften vermeiden?

Wulff: Indem eine Seite auf die andere zugeht. In Deutschland wird von zu vielen Menschen eher die Abgrenzung als die Integration betont, stets die Unterschiede als das Gemeinsame. Deswegen kann man nicht pauschal sagen, dass die Muslime ein Hindernis für die Integration sind. Sondern es sind auch jene, die den Muslimen die Integration erschweren.

Wie steht es um Integration in Deutschland?

Wulff: Die Integration ist besser als ihr Ruf, vor allem in den jüngeren Generationen. Es wird bloß häufiger auf die Beispiele verwiesen, die nicht so gut gelungen sind. Die Erfolge werden oft übersehen. Als Vorsitzender der Deutschlandstiftung Integration sehe ich in unseren mehr als 1000 Stipendiaten mit Eltern aus 74 Nationen ein ganz großes Stück Zukunft unseres Landes, das uns begeistern könnte.

Während es viel Kritik für die Entscheidung von Frau Merkel zur Grenzöffnung im Jahr 2015 ab, haben Sie das als „Glücksfall für Deutschland" bezeichnet.

Wulff: 2015 gab es enorm viele Flüchtlinge in Europa. Und dass Deutschland hier große Hilfsbereitschaft gezeigt hat, wird man in 20 Jahren als Glücksfall betrachten. Am Anfang waren wir vielfach überfordert und haben auch manches falsch gemacht. Aber in der Retrospektive – am 4. September 2040, wenn auf 25 Jahre Nicht-Schließung der Grenze zurückgeschaut wird – werden wir als Nation durchaus mit Stolz auf die Fußball-Nationalspieler, auf die Handwerksmeister, die Manager, die Olympia-Medaillengewinner schauen, die dann von ihrer Flucht und von ihrer Chance in Deutschland berichten und dem Land vieles von dem zurückgeben, was sie an Willkommenskultur erfahren haben. Man wird zurückblickend sehen, dass 2015 dem Land genutzt hat, dass das Land über sich hinausgewachsen ist. Ja, wir haben dann den Wiederaufbau, die Wiedervereinigung und eine große Intergrationsleistung bewältigt: mit Offenheit und Haltung.

Ließe sich das heute angesichts der Situation an der türkisch-griechischen Grenze wiederholen?

Wulff: Die jetzige Lage ist eine vollkommen andere. Es gibt ein EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen, Erdogan, Putin und Assad missbrauchen Menschen für ihre durchsichtigen Zwecke. Zudem wäre allein der Versuch ein Signal an viele Millionen Menschen, die noch außerhalb der EU sind und in ihren Herkunfts-Ländern demnächst den Wiederaufbau leisten und demokratische Strukturen schaffen müssen. Es darf kein Signal geben, dass das, was einmal geglückt ist, nochmal unter komplett anderen Voraussetzungen glücken könnte. Weil das dazu führen könnte, dass die Gesellschaft damit überfordert ist und dann alles scheitert. Ohne einen Konsens in der aufnehmenden Gesellschaft ist Integration nirgendwo auf der Welt zu bewerkstelligen.

Sehen Sie die Demokratie durch eine zunehmend gespaltene Gesellschaft in Gefahr?

Wulff: Die größte Gefahr für eine Demokratie ist, wenn sie für selbstverständlich gehalten wird. Das Volk muss herrschen wollen, muss sich wählen lassen, muss sich engagieren, muss demokratisch wählen. Weimar ist untergegangen, weil es zu wenig Demokraten in der Mitte gegeben hat. Demokratien klingeln nicht, wenn sie gehen – sie sind auf einmal weg. Man kann in der Türkei und zum Teil auch in Polen beobachten, wie schwer es ist, die Demokratie zu erhalten, wenn die Mehrheit nicht von Demokratie überzeugt ist.

Was muss getan werden, um diesem Fall entgegenzuwirken?

Wulff: Der Appell ist, dass jeder und jede etwas für dieses Land tun muss, Zivilcourage zeigen muss. Was sagen wir heute unseren Kindern? Sagen wir ihnen nicht nur, dass sie einen guten Abschluss machen müssen, sondern auch, dass sie ein Stück ihres Lebens der Politik, einer demokratischen Partei, demokratischem Engagement widmen sollen? Ich glaube, das Thema ist nur in wenigen Familien derzeit auf der Tagesordnung. Und das wird auf Dauer die Demokratie gefährden und auch die Bindekraft der Gesellschaft verringern. Wir müssen darüber nachdenken, in welch gutem Zustand wir derzeit sind, und in welch schlechten Zustand wir geraten können, wenn das den Menschen kein Engagement wert ist. Große Organisationen wie Kirchen, Gewerkschaften, Parteinen verlieren leider an Mitgliedern. In diesen besteht aber Zusammenhalt über viele Unterschiede hinweg.

Juckt es Sie nicht in den Fingern, nochmals aktiv in der Politik einzusteigen?

Wulff: Ich mache auch heute extrem viel Politik, indem ich sehr viele Veranstaltungen mache. Dort nehme ich auch kein Blatt vor den Mund und skizziere meine Position klar. Aber ich mache sicher keine klassische Parteipolitik mehr und nehme meinen Einfluss als Mitglied der CDU nicht öffentlich, sondern in vielen Gesprächen mit verschiedenen Akteuren wahr. Beim Generationswechsel geben einige, von Armin Laschet bis zu Markus Söder, viel Anlass zu Optimismus.

ZUR PERSON

Bundespräsident von 2010 bis 2012

Christian Wulff (60) wurde in Osnabrück geboren. Von 2003 bis 2010 war er Ministerpräsident von Niedersachsen, dann wurde der CDU-Politiker zum Bundespräsidenten gewählt. 2012 trat er zurück. Die Staatsanwaltschaft Hannover hatte zuvor die Aufhebung seiner Immunität beantragt, um wegen des Verdachts auf Vorteilsannahme gegen ihn zu ermitteln. 2014 wurde Wulff vor Gericht in allen Punkten freigesprochen.

ABSAGE

Veranstaltung in Alsdorf entfällt

Bundespräsident a. D. Christian Wulff sollte eigentlich bei einer Veranstaltung von Städteregion Aachen, „NRWeltoffen" und der VHS Nordkreis am Montag, 16. März, im Alsdorfer Kubiz sprechen. Laut einer Sprecherin der Städteregion musste die Veranstaltung allerdings wegen der Ausbreitung des Coronavirus entfallen.